



In Bremen lebende Asylbewerber trainieren seit einigen Tagen beim Bremer Ruderverein für eine Regatta. Der Verein will die Menschen so unterstützen (Bericht Seite 8). FOTO: FRANK THOMAS KOCH

## Gemeinsam stark

## Bremer Rückchen



Moritz Döbler  
über die Koalition

Der Abschluss der Koalitionsverhandlungen kommt in Sicht, die Konturen der neuen Regierung zeichnen sich ab. Auf den Ruck, den Carsten Sieling versprochen hatte, wird Bremen wohl vergeblich warten. Am Sonntag gab es bei den Koalitionären lange Gesichter, weil das Geld hinten und vorne nicht reicht für all das, was die neue Regierung eigentlich gerne finanzieren würde.

Immerhin, die 200 Stellen für die Schulen, ein Wunsch des designierten Bürgermeisters, soll es geben. Aber wer gehofft hatte, nach den Sommerferien seien dann 200 neue Lehrer voller Tatendrang in den Schulen anzutreffen, wird enttäuscht sein. Es wird wohl überwiegend umgeschichtet und gestreckt. Wie viele Lehrer im Saldo tatsächlich zusätzlich eingestellt werden, dürfte keine Statistik jemals eindeutig ermitteln. Und wie viele Stunden deswegen weniger ausfallen, erst recht nicht. Aber der Wille zählt, das schon. Die Gegenfinanzierung übernehmen Immobilien- und Hundebesitzer sowie mittelbar alle Mieter, haben die Koalitionäre beschlossen. Weder die politischen Vorhaben noch diese Steuererhöhungen sind so gestaltet, dass sie große Wirkung auslösen dürften. Der Ruck verkommt zum Rückchen. Rot-Grün möchte unter widrigen Bedingungen – kein Geld, knappe Mehrheit – regieren, aber das ist auch schon fast alles.

Mit einer Ausnahme: Cannabis soll straffrei konsumiert und in zwei staatlich zugelassenen Abgabestellen legal verkauft werden dürfen. Viele wirklich drängende Probleme plagten Bremen: der Bildungsnotstand, die hohe Arbeitslosigkeit, Armut und Obdachlosigkeit – aber einer der wenigen neuen Impulse der Koalition ist, Kiffen das Leben leichter zu machen. Es gibt Argumente für den Modellversuch, keine Frage. Aber es wirkt so armselig, wenn sonst so wenig Neues kommt.

Halt – eine nützliche Sache wurde doch noch beschlossen: Der Umweltbetrieb bekommt mehr Geld für die Pflege der Grünanlagen. Richtig so! Aber vielleicht machen diese beiden Punkte des Koalitionsvertrags gemeinsam erst richtig Sinn? In den öffentlichen Parks könnte Bremen das Cannabis anbauen, das dann in den Abgabestellen verkauft wird. Wirklich, ein Witz. moritz.doebler@weser-kurier

## Koalition will Grundsteuer erhöhen

SPD und Grüne in Bremen verabreden Anhebung, um Lehrer und Polizisten zu finanzieren

VON FRAUKE FISCHER

**Bremen.** Für das Wohnen in Bremen müssen Bürger künftig genauso wie für ihre Hunde tiefer in die Tasche greifen. Um 200 zusätzliche Stellen in Schulen, eine Zielzahl von 2540 Polizisten und die Sicherung von 490 Stellen bei der Feuerwehr bezahlen zu können, haben sich die Verhandlungspartner von SPD und Grünen am Sonntagabend auf die Erhöhung der Grundsteuer B und der Hundesteuer geeinigt. Ersterer soll deutlich über 25 Millionen Euro in die leeren Kassen bringen. Auf jährlich bis zu 350 000 Euro mehr hoffe man durch die höhere Hundesteuer. Das erläuterten die beiden Landespartei-Vorsitzenden Dieter Reinken (SPD) und Ralph Saxe (Grüne) im Anschluss an die langen Koalitionsgespräche am Sonntag.

Voraussichtlich ab 1. Januar 2016 klettert die Grundsteuer mit Hebesätzen von bislang 580 Punkten auf 695 Punkte. Das macht nach Reinkens Rechnung je nach Wohnungsgröße eine Mehrbelastung zwischen 30 bis 70 Euro aus. Das sei der gleiche Satz, den Duisburg erhebe. Dort gebe es zudem eine Straßenreinigungsgebühr,

ergänzte Saxe. Im Großstädtevergleich taucht Berlin mit 810 Punkten auf, rechnen die Grünen weiter vor.

Wenn nur das liebe Geld nicht wär... Im Haushaltsnotlageland Bremen kommt dieses geflügelte Wort beinahe einem Stoßseufzer gleich. Die Teilnehmer der sechsten Runde der Koalitionsgespräche wirkten denn auch von ihrem Verhandlungsmarathon mitgenommen, als sie die Sitzungsräume der SPD-Fraktion verließen. Was sich bis dahin hinter verschlossenen Türen in kleinen und größeren Gruppen abgespielt hatte, ließ sich erahnen.

„Wir haben einen wichtigen Durchbruch geschafft“, versicherte Saxe danach. Neben der Einigung auf die Steuererhöhungen sowie die Finanzierung der Schulpersonalstellen und der Zielzahl bei der Polizei verkündete er mit dem SPD-Kollegen weitere Pläne. So solle der Umweltbetrieb Bremen mehr als zwei Millionen Euro erhalten, um „strukturelle Defizite“ auszugleichen, sagte der Grünen-Landeschef. Bremen solle wieder grüner und sauberer werden. Dass es in einigen Stadtteilen wegen der mangelnden personellen und finanziellen Ausstattung des Umweltbetriebs an

Straßenrändern und in Grünanlagen „gewisse Elemente der Verwahrlosung“ gebe, räumte Reinken ein. Es sei folgerichtig, bei einer Grundsteuererhöhung den Bürgern mit mehr Geld für eine bessere Grünpflege ein Signal zu geben, dass man etwas für sie tue.

Die Zielzahl der Polizei indes bedeutet – anders als bei den Stellen an Schulen – keinen großen Personalzuwachs. Vor allem werde die tatsächliche Zahl der Beschäftigten nun finanziell im Haushalt berücksichtigt. Man könne kontinuierlich ausbilden, so Saxe. Es greife bei der Polizei folglich nicht mehr die in der Verwaltung geltende Personalkürzungsquote.

Einigen konnten sich die Koalitionäre nach ihren Angaben unter anderem auch darauf, dass die Verwaltungsreform künftig ganz oben angesiedelt werde, nämlich in der Senatskanzlei und bei der Finanzsenatorin. Doppelstrukturen in Behörden, aber auch Synergieeffekte zwischen den Kommunen Bremen und Bremerhaven sowie zwischen Bremen und Niedersachsen sollen stärker geprüft werden. „Manchmal arbeiten Hierarchien nebeneinander“, sagte Reinken mit Blick auf Behörden. Dort

müsse man sich Abläufe und Strukturen anschauen. Das könne dann auch „gegen Ressortinteressen durchgesetzt werden“.

„Die Finanzsituation ist nicht erquicklich“, räumten Saxe und Reinken angesichts vieler offener Fragen ein. Da ist die Frage, ob Bremen neue Straßenbahnen anschaffen und bezahlen kann. Auch das Bäderkonzept sei noch nicht finanziell hinterlegt, die Geno ein Sorgenkind, zählte Reinken Punkte von der Liste ungeeigneter Themen auf. Die nun verabredeten Einnahmenerhöhungen würden nicht ausreichen, um die Verpflichtungen und auferlegten Aufgaben des Landes zu finanzieren, so Saxe.

Am Dienstag soll es laut Ankündigung der Landespartei-Chefs vor allem um „das Bremerhaven-Paket“ mit Fragen zu den Haushalten der beiden Kommunen gehen. Offshore Terminal Bremerhaven (OTB) und die Wohnbebauung von Brokhuatching und der Osterholzer Feldmark sind weitere strittige Punkte. Mit all diesen „Restanten“ wolle man sich Dienstag und Freitag beschäftigen, dann die Ressortzuschnitte und Personalfragen behandeln, um nach dem kommenden Wochenende einen Abschluss präsentieren zu können.

## Athen verspricht endgültige Lösung

**Athen-Bremen.** Zur Lösung der griechischen Schuldenkrise hat Ministerpräsident Alexis Tsipras nach Angaben aus Athen Vorschläge für eine „endgültige Lösung“ vorgelegt. Er telefonierte am Sonntag mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und dem französischen Präsidenten François Hollande sowie mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Ein Regierungssprecher in Berlin wollte sich nicht näher zum Gespräch äußern. Ein EU-Mitarbeiter sagte: „Die Arbeit an neuen Vorschlägen geht weiter. Zu diesem Zeitpunkt sind aber noch keine neuen Vorschläge vorgelegt worden.“ Nach Angaben aus Athen geht es im Streit um das Sparprogramm nur noch um Maßnahmen für 450 Millionen Euro. Die Gläubiger machten zusätzlich Einsparungen in dieser Höhe zur Bedingung für die Auszahlung weiterer Hilfen. Laut „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ forderte Brüssel zuletzt von Athen jährlich Einsparungen oder Mehreinnahmen in Höhe von 2,5 Prozent der Wirtschaftsleistung oder 4,5 Milliarden Euro. Die Euro-Finanzminister wollen heute zusammenkommen, am Abend folgen die Staats- und Regierungschefs der 19 Länder.

FDP-Chef Christian Lindner knüpft in seinem Gastbeitrag für den WESER-KURIER eine Einigung mit Athen an zwei Bedingungen: Erstens: „Es darf keinen Rabatt für Griechenland geben.“ Zweitens: „Es darf nicht die Architektur der Euro-Stabilisierung verändert werden.“ Gastbeitrag Seite 2

### BREMEN

#### Impfberatung vor Kita-Besuch

7

Strengere Vorschriften beim Impfschutz: Was das Präventionsgesetz, das der Bundestag beschlossen hat, für Behörden und Eltern in Bremen bedeutet.

### DER NORDEN

#### Schneckentempo beim Naturschutz

12

In Niedersachsen entsprechen 459 Schutzgebiete immer noch nicht den strengen Vorgaben der Europäischen Union. Dies hätte jedoch bis Ende 2013 geschehen müssen. Nun sollen es die Kommunen richten.

### WIRTSCHAFT

#### Zu wenige Flächen in guten Lagen

13

Um der Anziehungskraft der Einkaufszentren auf der grünen Wiese etwas entgegenzusetzen, hätte man in Bremens Innenstadt viel eher umsteuern müssen, meint der Bremer Einzelhändler Stefan Brockmann.

### SPORT

#### Rosberg pfeilschnell

21

Auch das Formel-1-Rennen in Spielberg stand im Zeichen der Silberpfeile. Und wie im Vorjahr siegte Nico Rosberg. Zwar hatte sich sein Konkurrent und Mercedes-Kollege Lewis Hamilton die Pole Position geholt – der Deutsche kam am Start trotzdem besser weg als der Brite. Rosberg gab die Führung bis ins Ziel nicht mehr her.



## Streit bei der Post um Sonntagsarbeit

**Bonn-Bremen (dpa-fea)** . Im Tarifstreit bei der Post sorgt die Sonntagszustellung liegengeliebener Briefe und Pakete für neuen Ärger. Die Deutsche Post hatte bundesweit Mitarbeiter und Aushilfskräfte aufgerufen, wegen des unbefristeten Streiks noch nicht zugestellte Sendungen am Sonntag zu verteilen. Die Gewerkschaft Verdi prangerte die Aktion als „ungesetzlich“ an. Der Streik geht am Montag bereits in die dritte Woche, ein Ende ist nicht in Sicht.

Dagegen sagte eine Post-Sprecherin, trotz des Ausstands würden rund 80 Prozent der Briefe und Pakete pünktlich zugestellt. Weil man den Service auch in Streikzeiten hochhalten wolle, habe man sich für die Sonntagszustellung entschieden. Laut Verdi-Vertreter Uwe Speckenwirth seien allein 260 Paketzusteller aus NRW am Sonntag mit „sanftem Druck und 100 Euro Zulage nach Düsseldorf beordert“ worden, um an der Aktion teilzunehmen.

Welch ärgerliche Folgen der Streik mittlerweile annimmt, zeigte in der vergangenen Woche das Beispiel eines Mannes, der auf die Urne mit den Überresten seines Bruders wartet. Ärgerlich sind nun auch die Organisatoren der Special Olympics, einer Veranstaltung für Sportler mit geistiger Behinderung. 650 Medaillen wollen sie ab Mittwoch verteilen, diese liegen aber bei der streikenden Post in Bremen. Projektleiter Klaus Peter kann es nicht fassen: „Für unsere Athleten sind die Siegerehrungen doch das größte.“ Bericht Seite 7

### KOPF DES TAGES

#### Nicoley Baubles



Beobachter beschreiben ihn als schüchtern und höflich, aber hart und verbindlich in der Sache – er selbst nennt sich einen kompromissbereiten Realo: Gewerkschaftsführer Nicoley Baubles ist seit mehr als

drei Jahren Chef der Unabhängigen Flugbegleiter Organisation (Ufo). Nach dem Studium der Anglistik und Politikwissenschaft hatte Baubles zunächst bei einer IT-Firma gearbeitet, bevor er 2004 zur Lufthansa wechselte. Dort konnte er die Kabinenbelegschaft bald wieder in einen neuen Streik führen, nachdem die Schlichtung im Tarifkonflikt der Flugbegleiter ohne Ergebnis zu Ende gegangen ist. An diesem Montag will die Gewerkschaft ihr weiteres Vorgehen verkünden.

### WETTER

Tagsüber 17° Nachts 8° Niederschlag 80%

Immer wieder Regensüß  
Ausführliches Wetter Seite 6

### RUBRIKEN

Familienanzeigen	10	Lesermeinung	21
Fernsehen	16	Rätsel & Roman	15
Gesundheit	24	Tipps & Termine	23

H 7166 • 28189 BREMEN

